

Staatsgerichtshof wird übergangen.

GROSS-BERLIN

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Anzeigenpreise. Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postscheckkonto Berlin Nr. 804 60 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 316 B

BERLIN • Dienstag, den 7. Februar 1933

2. JAHRGANG

Massendemonstrationen und Einheitsaktionen.

AUS DEM INHALT:

Staatsstreichgelüste auch in Frankreich.
Hitler braucht Wahlen.
Unter der Geißel der Rechtlosigkeit.
Auf den französischen Schlachtfeldern.
Achtung des Krieges.

Deutsch-Oesterreichische Wirtschaft 1933

Der Schlag gegen die Presse und das Streikrecht.

Periodische Druckschriften können verboten werden:

1. wenn durch ihren Inhalt die Strafbarkeit einer der in den §§ 81 bis 86, 92 Nr. 1, des Strafgesetzbuches oder in den §§ 1 bis 4 des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse bezeichneten Handlungen begründet wird;
2. wenn in ihnen zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen oder die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmäßigen Regierung oder der Behörden aufgefordert oder angereizt wird;
3. wenn in ihnen zu Gewalttätigkeiten aufgefordert oder angereizt wird, oder wenn in ihnen Gewalttätigkeiten, nachdem sie begangen worden sind, verherrlicht werden;
4. wenn in ihnen zu einem Generalstreik oder zu einem Streik in einem lebenswichtigen Betriebe aufgefordert oder angereizt wird!
5. wenn in ihnen Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden;
6. wenn in ihnen eine Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechts, ihre Einrichtungen, Geräusche oder Gegenstände ihrer religiösen Verehrung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden;
7. wenn in ihnen offensichtlich unrichtige Nachrichten enthalten sind, deren Verbreitung geeignet ist, lebenswichtige Interessen des Staates zu gefährden;
8. wenn als verantwortlicher Schriftleiter dem Verbot des Reichsgesetzes vom 4. März 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 29) zuwider jemand bestellt oder benannt ist, der nicht oder nur mit besonderer Zustimmung oder Genehmigung strafrechtlich verfolgt werden kann.

W-er. Soeben gibt die Regierung die sogenannte Presse-notverordnung heraus, deren Paragraphen 9 wir hier an die Spitze gestellt haben. Die weitere Würdigung der Verordnung bringen wir mit dem Wortlaut morgen, weil es ein sehr umfangreiches und keineswegs nur gegen die Presse gerichtetes Werk ist, dessen Würdigung im einzelnen in der Eile nicht möglich ist. Wichtig an dem hier zitierten Paragraphen ist vor allem, daß der

Auftrag zu einem Generalstreik oder zu einem Streik in einem lebenswichtigen Betrieb zum Verbot einer Zeitung hinreicht.

Ist schon ein Generalstreik durch die Verfassung keineswegs verboten, so ist das Verbot von Streiks in lebenswichtigen Betrieben einfach gleichbedeutend mit dem Verbot von Streiks überhaupt. Denn was „lebenswichtige Betriebe“ sind, darüber entscheiden Bürokraten oder Parteimänner und in letzter Instanz die Herren vom 5. Strafsenat des Reichsgerichts, also einer Behörde, deren Feindschaft gegen den Fortschritt und die Arbeiterinteressen von ihnen selber unter Beweis gestellt worden ist und die fortdauernd dadurch bestätigt wird, daß Herr Reichsgerichtsrat Jorns, der bekannte Prozeßführer gegen die Liebknecht-Luxemburg-Mörder, nach wie vor amtierender Reichsrichter ist.

Einheit gegen den Faschismus.

Nachdem am Tage der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler ein Grüppchen von etwa 35 Nationalsozialisten zu Ehren ihres „Führers“ eine Demonstration durch die Straßen Steinaus veranstaltet hatten, setzten sich die Vorstände der Arbeiter-Organisationen Steinaus (Kreis Schlüchtern) zusammen, um über eine gemeinsame Kundgebung der gesamten Arbeiter des Städtchens zu beraten. Man war sich schnell darüber einig, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, einmal alles Trennende beiseitezustellen und gemeinsam gegen den Faschismus zu demonstrieren. Damit kein Anlaß zu Zänkereien zwischen SP und KP gegeben sei, wurde der ISK beauftragt, den Redner zu vermitteln.

Am Sonnabend, dem 4. Februar, sammelte sich ein Demonstrationzug von stattlicher Länge, der nahezu alle Arbeiter Steinaus umfaßte. Der Fackelzug fand seinen Abschluß in einer imposanten Kundgebung vor dem Rathaus. „Einheit gegen den Faschismus“, so lautete das Transparent, das den Zug eröffnete. „Einheit gegen den Faschismus“. Einigung der Arbeiter gegen die geeinte Reaktion, das war auch die Parole des Redners.

Am Sonntag fanden in vielen Orten Deutschlands Demonstrationen der „Eisernen Front“ statt. Da KP-Demonstrationen fast durchweg verboten sind, war die Gelegenheit, Einheitsdemonstrationen zustandezubringen, günstig.

In Stettin hatte die KP ausdrücklich zur Beteiligung an der Demonstration der „Eisernen Front“ aufgefordert, und dieser Parole war freudig Folge geleistet worden. Natürlich beschlagnahmte die Polizei sofort die KP-Transparente und -Fahnen. Auch zwei Transparente der SP wurden verboten, obgleich sie lediglich Karikaturen von Goebbels und Hitler darstellten, während bei der Genehmigung der Demonstration nur Aufforderung zum Generalstreik und zu Gewaltmaßnahmen verboten worden waren. Träger von KP- und Antifa-Abzeichen wurden verhaftet.

Bei den Teilnehmern große Freude wegen der Gemeinsamkeit dieser Demonstration. KP- und SP-Genossen hielten gut zusammen. Ueberall Kampf Stimmung.

Vormittags hatten Nazis und „Stahlhelm“ demonstriert: sie hatten insgesamt 3600 Menschen aus Stettin und Mittelpommern auf die Beine gebracht. Die Arbeiterdemonstration am Nachmittag dagegen umfaßte — obgleich Genossen aus Stettin und den nächsten Vororten dabei waren — 15 000 bis 16 000 Genossen; am Aufmarschplatz waren es sogar 20 000.

In Essen und Zwickau hatte sich die Leitung der KP zwar nicht zu einer Parole aufschwingen können, sich an der Demonstration der „Eisernen Front“ zu beteiligen; aber sie verbot die Beteiligung auch nicht, obwohl sich nach eifriger Propaganda, vor allem von ISK- und SAP-Genossen, bei den Arbeitern aller Richtungen immer mehr der Wunsch zeigte,

Nach vorheriger Vereinbarung zwischen SP und KP wurde eine Entschliebung eingebracht und einstimmig angenommen, die wir als Beispiel für das, was in allen Orten heute geschehen mußte, hier wiedergeben.

„Die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter von Steinau richten an die Vorstände aller gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der deutschen Arbeiterschaft in dem Augenblick höchster Bedrohung ihrer Rechte durch Reaktion und Faschismus den dringenden Appell,

1. sich über die gemeinsame Abwehr des Faschismus zu verständigen;
2. für die bevorstehende Wahl ein Bündnis zu schließen und gemeinsame Kandidatenlisten aufzustellen, zum mindesten aber Listenverbindung herzustellen;
3. alle außerparlamentarischen Schritte in die Wege zu leiten, damit der Sieg der Reaktion abgewehrt werden kann;
4. insbesondere auch die überparteilichen Organisationen zu zuverlässigen Instrumenten des Kampfes zu machen.“

mitzugehen. Und so kamen an beiden Orten Einheitskundgebungen zustande, von einer Größe, wie sie sonst, bei getrennten Aufmärschen der Arbeiterschaft, nicht annähernd erreicht worden waren.

In Essen dasselbe wie in Stettin: Antifa-Abzeichen, Rot-Front-Rufe riefen Drohungen der Polizei hervor, daß sie den Zug auflösen würde.

Die Demonstration in Hannover dagegen war ein schmäliches Versagen der SP-Führer. Auch dort hatten sich Genossen eingefunden, die nicht Sozialdemokraten sind. Sie wurden aber von Raloff, einem ungehobelten Flaps, der bei jedesmaligen Mundaufmachen Arbeiterinteressen schädigt, provoziert und beschimpft, etwa in folgender Art: „Da stehen die Gesellen, die ohne Abzeichen der ‚Eisernen Front‘ hierhergekommen sind, um mit uns zu marschieren und die die Einheitsfront zerstören wollen. Wir fordern Euch, nicht mitzumarschieren... Zeigt Eure Sympathie, indem Ihr Euch an den Straßenrand stellt und den Freiheitskämpfern zujubelt.“

Kein Wunder, daß sie sich dem Zuge nicht anschloßen, auch nicht vom Straßenrande den „Freiheitskämpfern“ zujubelten, um so weniger als aus der Rede von Partzsch allea andere als Kampfbereitschaft gesprochen hatte.

So marschierte denn das „Reichsbanner“ mit seinen Schimpf-„Führern“ ab.

In Hamburg eine große Kundgebung der „Eisernen Front“. Keine ernsthafte Abwehr gegen Hitler, sondern Witze über ihn!

Die Herren von Hindenburg, Hitler, Frick und Gürtner (als die Unterzeichner der neuen Verordnung) müssen natürlich wissen,

was mit einer solchen Verordnung für eine Stimmung unter denen erzeugt wird, die sie trifft.

Noch nie ist die Gefahr von Explosionen dadurch behoben worden, daß man Ventile zudrehte. Wer auf dem kindlichen Standpunkt steht, wie ihn in lächerlichster Weise vor einigen Tagen die rumänische Regierung verbreiten ließ, die Not der Zeit werde durch gewissenlose, natürlich „ausländische“ Provokateure den Leuten eingeredet, der mag ver-

suchen, durch Pressekebelungen das Urteil über sich selber und die Not der Zeit günstiger zu gestalten; das Urteil der Öffentlichkeit über ihn wird dadurch nicht besser!

Freilich wird durch solche Verordnung die Feigheit begünstigt.

Männerstolz vor Königsthronen

ist in Deutschland niemals sehr üblich gewesen (wobei wir bemerken, daß wir die Stühle, auf denen Hitler und Frick sitzen, nicht für Königsthronen und die beiden auch nicht für Könige halten). Aber auch

Männerstolz vor Gesetzen der Willkür

Ist ebenso wenig häufig. Und Willkür scheint uns bei dieser Verordnung vorzuliegen. Einem Streik zu verbotenen, hat niemand ein Recht, umso weniger Angehörige einer Partei, die sogar mit eigenen Worten immer für das Streikrecht der Arbeiter eingetreten sind.

Die Regierung soll: ehe sie die Presse knebelt, etwas tun, was des Lobes wert ist. Das ist der Witz bei einer Regierung. Sie soll die Leute bestrafen, die über sie Lügen verbreiten oder auch solche, die überhaupt lügen. Das hieß aber, Herrn Goebbels auf Jahre hinaus hinter Zuchthausmauern zu setzen, weil er in geradezu skandalöser Weise

Der Staatsgerichtshof wird übergangen.

Der Reichspräsident hat am 6. Februar eine Notverordnung unterschrieben:

§ 1.

Durch das Verhalten des Landes Preußen gegenüber dem Urteil des Staatsgerichtshofs für das deutsche Reich vom 25. Oktober 1932 ist eine Verwirrung im Staatsleben eingetreten, die das Staatswohl gefährdet.

Ich übertrage deshalb bis auf weiteres dem Reichskommissar für das Land Preußen und seinen Beauftragten die Befugnisse, die nach dem erwähnten Urteil dem preußischen Staatsministerium und seinen Mitgliedern zustehen. . . .

Staatsstreichgelüste auch in Frankreich.

Französische Faschisten fordern „autoritäre Staatsführung“.

G. K. Angesichts der parlamentarischen Schwierigkeiten, mit denen die französischen Regierungen bereits seit Monaten zu kämpfen haben, fordert die Reaktion in Frankreich mit immer lauterer Stimme eine „Regierung des starken Mannes“, ehe „autoritäre Republik“, sei es mit oder ohne faschistische Miliz, wie Hervé sie wünscht. Während die radikalsozialistische „Ere Nouvelle“ (vom 28. Januar) diese in Deutschland hinlänglich bekannten Forderungen mit Schrecken aufnimmt, macht sich in den Zeitungen der Reaktion, dem „Echo de Paris“ und der „Victoire“, ein unverhohlenen Frohlocken darüber bemerkbar.

Je mehr sich die Regierung nach links entwickelt — und die neue französische Regierung bedeutet einen erheblichen Schritt in dieser Richtung —, umso unruhiger werden die reaktionären Kräfte. Dies äußerte sich z. B. in der von der Reaktion einberufenen Versammlung des Verbandes der Steuerzahler in Paris; wo die „Action Française“, eine Gruppe mit faschistischen Zielen, sich von den 12 000 Anwesenden feiern ließ. Ein besseres Beispiel für jene Unruhe ist das mit den Bauern angestellte Manöver. In der Gegend von Chartres, südlich von Paris, sind angeblich 6000 bis 8000 Bauern mobil gemacht worden — ohne daß eine Erklärung dafür geliefert worden wäre, wie dies in einer Gegend ausgesprochenen Großgrundbesitzes möglich gewesen ist —, die nach Paris gekommen sind, um gegen die Spekulation mit Kornpreisen zu protestieren. Die Berufsverbände der Landwirte hatten diese Aktion ins Leben gerufen. Einmal in Paris angekommen, wurden die Bauern in einen großen Saal geführt, man erzählte ihnen, sie müßten gegen die Finanzpolitik der Regierung protestieren — von der sie in Wirklichkeit weder etwas verstanden und von der sie auch gar nicht betroffen wurden. Betroffen wurden vielmehr die Großgrundbesitzer, die sich also offenbar zur Erreichung ihrer Ziele der Bauern bedienen. Die Bauern ließen sich überreden, und es hätte zu ernsthaften Zwischenfällen kommen können, hätte nicht die Polizei einige ihrer Agenten an die Spitze des Zuges gestellt, um die ortsunkundigen Bauern, die zum

die ernstesten Sachen und sogar die offenkundigsten Tatsachen verdreht hat und verdreht, ganz abgesehen davon, was er sich an Beleidigungen gegenüber den Juden leistet, zu denen er wahrscheinlich selber gehört. Gerade daß solche Blätter, wie dieses raudaulustige Pöbelblatt mit dutzender offener Aufforderung zum Mob ungehindert erscheinen dürfen, während die Aufforderung zum Streik in einem lebenswichtigen Betrieb, und zwar ganz gleich aus welchem Grunde, verboten ist, zeigt, daß diese Verordnung nur ein Glied in der Kette der Unterdrückung der freien Meinungsäußerung ist.

Hoffentlich wird nun Herr Bumke, der Präsident des Reichsgerichts, seine Befugnisse denen überlassen, die gewillt sind, ihre Urteile einfach für den Papierkorb anzufertigen.

Das Dreimännerkollegium, das gemäß der preußischen Verfassung das Recht zur Auflösung des Preußischen Landtags hat, besteht danach aus Papen (an Stelle von Braun), Adenauer und Kerri. Es tritt am Montag nachmittag zusammen.

Das Schicksal des Preußischen Landtags ist entschieden. Das war der Zweck der Übung. (Vergleiche den Artikel: „Hitler braucht Wahlen.“)

Palais Bourbon, wo die Kammer tagt, ziehen wollten, in den Wald von Boulogne zu führen.

Dies nur als Beispiel dafür, wie aktiv die Reaktion wird. In der „Ere Nouvelle“ wird die Stimmung sogar mit der von 1851, der Zeit vor dem Staatsstreich Napoleons III., verglichen. Das scheint, allerdings übertrieben zu sein. Betrachtet man aber die Ereignisse im Zusammenhang: die Rede Tardieus, der zur Reform der Verfassung auffordert; das Zustandekommen des Einverständnisses zwischen den beiden Arbeiterfeinden verschiedener Richtung: Kéréllie („Echo de Paris“) und Hervé („Victoire“); den Aufsatz im „Temps“ (vom 30. Januar), in dem es als Mißbrauch des Parlamentarismus bezeichnet wird, daß die Regierung unter der Diktatur der Kammer und diese wiederum unter der Diktatur der organisierten Wählermassen gerät — so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Konflikt zwischen der Reaktion und der Linken — diese insbesondere verkörpert durch die Freien Gewerkschaften, die unerbitlich selbst gegen den Wunsch der Sozialistischen Kammerfraktion, auf ihren Forderungen bestehen — sich immer mehr verschärft und auf einen offenen Kampf hinsteuert, der starke Veränderungen im französischen Staatswesen herbeiführen kann.

Die französischen Steuerzahler demonstrieren.

In Arras fand am Sonntag eine Massen demonstration statt, die vom Verband der Steuerzahler einberufen worden war. Als den vier holländischen Departements begannen schon am frühen Morgen Züge und Kraftwagen voll Teilnehmern an der Kundgebung in Arras einzutreffen. Die Menschenmenge war so groß, daß die Polizei feststellen mußte, daß sie ihr nicht gewachsen war. Als sich Polizisten einem Zug, der zum Polizeipräsidium wollte, entgegenstellten, wurden sie einfach überrannt. Erst einem Trupp berittener Polizei gelang es, die Demonstranten zu zerstreuen. Später fanden noch große Versammlungen der Steuerzahler und der ehemaligen Kriegsteilnehmer statt.

derartige Politik im Widerspruch zu den Interessen Frankreichs stehen würde. Unsere Interessen und unsere Ideale fordern, daß wir die Abrüstungspolitik vorwärtstreiben. Gewiß hätten wir es vorgezogen, daß die deutsch-französische Annäherung mit einem republikanischen und demokratischen Deutschland vollzogen worden wäre, aber

selbst mit einem Deutschland Hitlers müssen wir loyal und hartnäckig eine Versöhnung versuchen, denn ein Übereinkommen beider Völker ist der Schlüssel des Friedens.

Auf den französischen Schlachtfeldern

Wir sind unterwegs von Metz nach Verdun. Ringsum breitet sich die fruchtbare Hügelandschaft Lothringens aus, in der vorläufig nur zahlreiche Kriegordonkmäler an den großen Krieg erinnern. Bald aber kommen wir an einzelnen deutschen Soldatenfriedhöfen vorbei, die alle ordentlich angelegt und gepflegt sind. Aha, die deutsche Kriegsgräberfürsorge, denken wir. Nur schade, daß von den gepflegten Friedhöfen weder die Millionen gemordeter Proletarier wieder lebendig, noch ihre Hinterbliebenen satt werden. Hier muß man sich an, das Andenken der Gefallenen zu ehren, während man zu Hause in Deutschland durch laute Kriegshetze ihr Andenken in gemeinster Weise schändet.

Immer größer und zahlreicher werden nun die von Granatrichtern und Schützengräben zerwühlten Oedlandflächen zwischen den Aeckern. Man wagt sich nicht recht an ihre Bearbeitung, denn schon mancher pflügende Landmann wurde ein Opfer versteckter Blindgänger. Friedliche Viehweiden sind mit dem Material der Stacheldrahtverhau eingezäunt. Nun treffen wir bei jedem Schritt auf die Spuren des Weltkriegs. Oede und kahl ist die Landschaft, von den Chausseebäumen sind nur noch die Spuren ihres Standortes zu erkennen. Weit und breit kein Wald, keine Bäume, nur endlose Viehweiden und Oedland. Das Land, auf dem sich das große Verbrechen des Weltkrieges abgespielt hat. Stundenlang geht es so, nur ab und zu kleine, schmutzige Dörfer, die zwischen den zerschossenen, rauchgeschwärzten Ruinen wieder aufgebaut sind. Nach einer Zeltnacht auf den ehemaligen Schlachtfeldern kommen wir morgens nach Verdun. Eine typische Festungsstadt empfängt uns, umgeben von dreifachen, mächtigen Wällen und Gräben. Die Straßen lang, mit hohen, schmalen Häusern. Später machen wir uns auf den Weg nach dem Fort Douaumont, das auf den Höhen weiter

vor der Stadt liegt. Die Landschaft hier herum macht einen furchtbar trostlosen und traurigen Eindruck. Das ganze weite Land rings um die Forts liegt genau noch so, wie es seinerzeit verlassen wurde. Zwischen den versumpften Granatrichtern wächst kümmerliches Gestrüpp, als Nachwuchs des einstigen Hochwaldes. Von letzterem zeugen nur noch die bleichen, zerfetzten Gerippe einzelner Baumleichen, die noch stehen geblieben sind. Dazwischen wird der Blick frei auf die Schutt- und Trümmerhaufen zerschossener und verlassener Dörfer.

Oben auf der Höhe Douaumont ist ein mächtiges Gedenkmonument aus hellem Kalkstein errichtet. Jeder Stein der beiden großen Hallen trägt den Namen eines gefallenen französischen Soldaten eingemeißelt. Vor dem Monument dehnt sich der große Friedhof der bei Douaumont gefallenen Franzosen. Und während man hier mit großem Aufwand die Gefallenen „ehrt“, ziehen in Lothringen schiller endlose Truppentransporte zu den Manövern, die auf dem Gelände der großartig ausgebauten elsass-lothringischen Festungen und Forts stattfinden.

In der Nähe des Monuments befindet sich das sogenannte Bajonettgrab. Alliierte Soldaten wurden hier in einem Schützengraben stehend, verschüttet und lebendig begraben. Nur noch eine Anzahl Gewehrläufe mit aufgefanztem Bajonett sehen aus der Erde heraus. Wie ein frischer Hohn winken die Kreuzfixe und Rosenkränze, die an den Bajonetten hängen, gestiftet und gesegnet von der Kirche und den Priestern, die vorher die mörderischen Waffen und Kanonen gesegnet haben. Diese vorrosteten und verbogenen Gewehrläufe und Bajonette, die unter der Erde noch von ihren Trägern festgehalten werden, richten eine furchtbare Anklage gegen den Krieg und gegen die Verbrecher, die ihn angezettelt haben. Sie richten aber auch eine ernste Mahnung an die sensationslüsternen Fremden und die trauernden Hinterbliebenen, die in Massen

Die Autonomie-Bestrebungen in Jugoslawien.

Der Kampf der jugoslawischen Regierung gegen die serbischen und kroatischen Autonomisten nimmt immer schärfere Formen an. Einerseits häufen sich die Proteste oppositioneller Politiker gegen die Maßnahmen der Regierung, andererseits greift die Regierung rücksichtslos zu und verhaftet die Führer der Autonomisten. Zu den Verhafteten gehört nun auch der Kroatenführer Trumbitsch, zu den Protestierenden der ehemalige serbische Ministerpräsident Dawidowitsch, der die Forderungen der Verhafteten unterstützt. In Belgrad herrscht Unruhe und Erregung bei dem Gedanken, daß die Regierung auch Dawidowitsch, der in Alt-Serbien großes Ansehen genießt, eventuell verhaftet und verbannt.

Rumänien im Belagerungszustand.

Die rumänische Regierung hat von dem am Freitag in der Kammer erworbenen Recht, den Belagerungszustand zu verhängen, schnell Gebrauch gemacht. Ab Sonntag vormittag stehen die für die Streikbewegung wichtigen Gebiete, unter ihnen die Stadt Bukarest und das Petroleumgebiet Ploesti, im Belagerungszustand. Die Regierung leugnet dabei nach wie vor, daß im Lande Unruhen herrschen. Der Außenminister, Titulescu, erklärte am Sonnabend vor der auswärtigen Presse, die Verhängung des Belagerungszustandes sei lediglich eine Vorbeugungsmaßnahme, die auf Grund „einwandfreier und absolut zuverlässiger Berichte“ getroffen worden sei. Es sei anzunehmen, daß die Eisenbahner agitatorisch bearbeitet würden, obwohl ihre Forderungen im wesentlichen erfüllt seien.

Riesendemonstration der Londoner Arbeiter.

Am Sonntag fand in London die große Demonstration statt, mit der die große „Nationale Demonstration“ der britischen Gewerkschaften gegen die Erwerbslosenpolitik der Regierung eingeleitet wurde. 200 000 Menschen strömten in langen Demonstrationszügen aus allen Teilen Londons im Hyde Park zusammen. Obwohl 12 000 Schutzpolizisten zu Fuß und zu Pferde und 3000 Kriminalbeamte in Zivil aufgeboten waren, kam es zu keinen Zwischenfällen.

Der Landesrat der Französischen Sektion der II. Internationale tagte am Sonntag, um über die Haltung der Partei zur Regierung und zur Beteiligung an der Regierung zu beraten. Bekanntlich haben sich die Sozialisten dadurch, daß sie der Regierung am Freitag das Vertrauen aussprachen, noch in keiner Weise in bezug auf ihr weiteres Verhalten gegenüber Daladier gebunden. Da es in der Partei sehr verschiedene Ansichten über die künftige Haltung der Sozialisten in der Kammer gibt, ist der Landesrat einberufen worden, um hier Klarheit zu schaffen. Die Beratungen waren geheim, so daß über die Ergebnisse bisher nichts bekannt ist.

Gegen die Ausweisung des italienischen Antifaschisten Rechtsanwalt Paolardi aus der Schweiz fanden am Sonntag in zahlreichen Schweizer Städten Protestkundgebungen statt. Rechtsanwalt Bolla, der mit Paolardi zusammen gearbeitet hat, hat seinen Rücktritt als Präsident der Radikalen Partei und als Mitglied des Tessiner Großen Rates erklärt.

Die Japaner besetzen Jehol, ehe Genf Ja oder Nein gesagt hat.

Die vor einigen Tagen bereits von der chinesischen Delegation in Genf und am Sonnabend vom japanischen Kriegsministerium als bevorstehend angekündigte

japanische Offensive auf die Provinz Jehol hat am Sonntag nach starker Artillerievorbereitung begonnen.

Nach englischen Meldungen aus Mukden hat die japanische Armeelitung den Plan, bis zum 20. Februar alle wichtigen Punkte der Provinz besetzt zu haben.

Die Entscheidung im Fernost-Konflikt wird also, wie bisher, von den japanischen Generälen weitergetrieben, während die letzten Meldungen aus Genf immer noch nichts wesentlich anders zu bieten wußten, als die erneute Verfristung, daß man „inünmehr in kürzester Frist zu einer endgültigen Stellungnahme gelangen“ müsse.

hierher strömen: „Sorgt dafür, daß sich das wahnsinnige Verbrechen des Krieges nicht wiederholt! Kämpft für den Frieden!“

Weiter gehen wir nach Fort Douaumont. Ueberall stehen die Schilder mit den Totenköpfen, die vor dem Betreten der Schlachtfelder warnen. Wie sehr diese Warnung angebracht ist, merken wir, als wir einige Schritte in das Gestrüpp und zwischen die Drahtverhau eindringen. Hier findet man noch zahlreiche Handgranaten, Stahlhelme, Waffentelle und Ausrüstungsgegenstände. Dicht am Wege werden noch Granaten jeden Kalibers, von den kleinsten bis zu den größten, ausgegraben. Dazwischen stehen noch überall mächtige Drahtverhau, in die sich friedliche Schafe verwickeln, die hier gehütet werden.

Von dem Fort selbst ist von außen wenig zu sehen. Wir schließen uns der Führung eines französischen Soldaten an und können so das Innere des Forts besichtigen. Mehrere Meter dicke Wände, die wie Pappe eingedrückt sind, große Gewölbe und endlich lange, stockfinstere Gänge und Hallen, die von Nässe triefen. Einige Stockwerke tief ist hier die Erde unterwühlt. In einem der Gänge befindet sich ein Gedenkstein für deutsche Soldaten. Der französische Soldat spricht einiges, das wir nicht verstehen können. Wir hören nur den warmen Ton seiner Stimme. Alles geschieht einfach und schlicht, wie selbstverständlich.

Wüste Trümmerhaufen verlassener Dörfer, endlose Soldatenfriedhöfe, in eine Wüste verwandelte ehemals blühende und fruchtbare Landschaft, in deren Erde noch heute der Tod auf den friedlichen Landmann lauert, sie alle rufen uns die Mahnung und Forderung zu:

Kämpft gegen den Krieg!

Rudolph Beyer.

Unter der Geißel der Rechtlosigkeit.

Wieder hat der Bürgerkrieg der braunen Truppe, deren Berliner Sektion am Sonntag im Dom Seite an Seite mit dem „Stahlhelm“ und Regierungsvertretern das berühmte Staatsbegräbnis genoß,

acht Tote geliefert, davon sieben von links.

Der Bürgerkrieg der SA; soviel kann man nämlich behaupten, daß weitans überwiegend die SA die aktiven Mörder in diesen Gefechten stellt. Zum Beweis stellen wir ohne Bevorzugung einer Parteirichtung alles zusammen, was wir bei kritischer Musterung der vielen Meldungen glauben behaupten zu können. Wo nähere Angaben fehlen, liegt es daran, daß wir nichts Näheres wissen. Eine besondere Bedeutung messen wir den Polizeiberichten bei.

Im ganzen liegen neue Bürgerkriegsmeldungen vor aus: Barby (Elbe), Berlin, Bochum, Breslau, Chemnitz, Danzig-Neufahrwasser, Düsseldorf, Freiburg (Breisgau), Gladenbach (bei Marburg), Hannover, Köln, Krefeld, Leipzig, Löderburg (bei Staßfurt), Mannheim-Seckenheim, München, Staßfurt, Stettin, Wiesbaden, Wuppertal. An Einzelheiten heben wir folgendes hervor:

Annaberg (Erzgebirge). Der als tot gemeldete „Reichsbanner“-Mann Illing lebt; so meldet das Polizeiamt. (Nachtrag zum Bericht über den Zusammenstoß in der Nacht zum Freitag.)

Berlin-Schöneberg. Am Sonntag spät, kurz vor Mitternacht, drangen 15 SA-Leute in das kommunistische Verkehrslokal „Pappschachtel“ in der Rubenstraße ein und schossen wild um sich (wie ein paar Tage zuvor in der „Lunte“).

Die Wirtin Frau Roede, durch Bauchschuß tödlich verletzt.

So meldet die NS-freundliche TU. Wie sicher sich die Mörder gegen ernsthafte Bestrafung fühlen, zeigt ihre Angabe auf dem Polizeipräsidium — alle 15 sind verhaftet worden —: sie hätten aus Rache gehandelt, da sie am Tage vorher von Kommunisten überfallen worden seien.

Bochum-Gerthe. In der Nacht zum Sonntag der

SA-Führer Passmann durch Pistolenschüsse getötet.

31 Kommunisten festgenommen.

Breslau. Nach einer Eisernen-Front-Kundgebung am Sonntag vormittag Demonstrationszug des „Reichsbanners“ in Breslau. Zusammenstöße mit Nazis. Nach Auflösung des Zuges wurde der Student Steinfeld, der in „Reichsbanner“-Uniform allein nach Hause ging, von drei Nazis überfallen und durch Brust- und Bauchstiche getötet. Zwei Nazis sind verhaftet worden. Bei weiteren Zusammenstößen 11 Verletzte.

Chemnitz. Nach einer Eisernen-Front-Kundgebung am Sonntag Zusammenstöße mit Nazis.

Ein „Reichsbanner“-Mann tot.

5 schwer, 7 leicht Verletzte.

Duisburg-Wanheimerort. Wir berichteten die Erschießung der an jeder Schlägerei unbeteiligten Frau Struth. Ueber das Hausen der Nazis an jenem Donnerstag erfahren wir noch: Am Nachmittag ging der „Reichsbanner“-Mann Rickson über die Nikolaistraße. Etwa 70 Sa-Leute begegneten ihm. Kommando: „Auschwärmen!“ Die Mörderhorde stürzt sich über ihn: Neues Kommando: „Zurück, zwei Mann genügen!“ Schon strömte dem Niedergeschlagenen das Blut übers Gesicht. Gegen Abend zogen bewaffnete Nazis durch die Erlensstraße. „Fenster zu!“ Frau Struth eilte auf den Lärm hin zum Fenster im Parterre. Ein Nazi schoß ihr eine Kugel in den Kopf.

Fürth (Bayern). Zu dem bereits gemeldeten „Besuch“ der Nazis in einem linken Verkehrslokal ein paar Zahlen, die bereits Schlüsse zulassen — wenn auch, wie gemeldet wird, „die Erhebungen über die Schuldfrage noch nicht ab-

geschlossen“ sind: Verletzt: 6 Kommunisten, 1 Sozialdemokrat, 1 Nazi. Festgenommen: 2 Nazis.

Harburg-Wilhelmsburg. Am Mittwoch hatte im Bahnmeistereigebäude Wilhelmsburg der Beamte Ast aus heiterem Himmel zwei andere Beamte durch Schüsse niedergestreckt und sich dann selber einen Kopfschuß beigebracht, an dem er krank liegt. Während der eine von den beiden Angehossenen, S a s e e, sofort tot war, ist der andere, F r a n k e, inzwischen gestorben. Wir hatten diese Schießerei nicht berichtet, da sie als unpolitisch gemeldet war. Inzwischen erfahren wir aber, daß

der Schütze ein Nazi, die beiden Getöteten Sozialdemokraten waren;

sehr wahrscheinlich handelt es sich also doch um einen politischen Mord.

Homburg (Niederrhein). Ueber die Schießerei am Mittwoch, die Herrn G ö r i n g Anlaß gab, die beteiligten Polizeibeamten ihres Dienstes zu entheben, liegt ein vorläufiger Bericht der Düsseldorfer Mordkommission vor, dem wir folgendes entnehmen: „Der Landjägermeister P l i e s, der wahrscheinlich bereits durch einen Schuß der Verfolger verletzt worden war und seinen Beamten nicht mehr folgen konnte, lief schließlich in einen anliegenden Garten, wo er später tot aufgefunden wurde. Die Obduktion hat ergeben, daß

P l i e s zwei Rückenschüsse, einen Armschuß und vier Kopfschüsse erhalten hat. Fast alle Schüsse haben ihn von hinten erreicht.

Wie durch Aussage von Augenzeugen einwandfrei festgestellt worden ist, haben NSDAP-Leute auf den fliehenden Landjägermeister geschossen. Als dieser im Garten zusammengebrochen war,

begaben sich mindestens drei Personen in den Garten und feuerten aus etwa einem halben Meter Entfernung noch mehrere Schüsse auf den am Boden liegenden P l i e s ab.“

Vom Wüten der Reaktion.

In Köln-Deutz wurden die Teilnehmer eines kommunistischen Schulungskurses von der Polizei festgenommen. Am Tagungsort wurde dabei Material beschlagnahmt, das auf die Zulässigkeit seines Inhalts erst noch geprüft wird.

In Elgersburg bei Gotha wurde ein ehemaliges kommunistisches Kinderheim polizeilich durchsucht, da der Verdacht bestand, daß die dort zusammengekommenen kommunistischen Funktionäre an einem dem Strafgesetz zuwiderlaufenden Schulungskursus teilnahmen. Material wurde beschlagnahmt und wird geprüft. Es ist angeblich „zum Teil belastend“.

In Hamburg und Umgebung wurden kommunistische Büros und die Wohnungen bekannter Funktionäre von der Polizei durchsucht.

In Braunschweig beginnt der Hochverratsprozeß gegen die vier Mitte Januar verhafteten Kommunisten, denen eine wesentliche Beteiligung an der heimlichen Verbreitung einer Zeitung des Rot-Front-Kämpferbundes zur Last gelegt wird.

Im Zusammenhang mit den Kieler Haussuchungen ist der kommunistische Funktionär Heuck verhaftet worden.

In Dessau hat der nationalsozialistische Bürgermeister sich ein Verzeichnis aller kommunistischen und pazifistischen Bücher der städtischen Bücherei erbeten und außerdem Vorschläge nationaler Bücher angefordert, durch die die ihm ärgerlichen Werke ersetzt werden sollen. Eine Reihe von Büchern ist mit sofortiger Wirkung aus der Bibliothek verbannt worden. Darunter sind die sämtlichen Bücher T r o t z k i s und R e m a r q u e s „Im Westen nichts Neues“.

In Berlin wurde ein Lastkraftwagen mit kommunistischen Schriften beschlagnahmt; der Wagenführer wurde festgenommen.

Die Ermittlung der Mörder ist noch nicht gelungen.

Mannheim-Seckenheim. In der Nacht zum Sonntag, nach einem Ball der Freien Turnerschaft, wollte ein Polizist den angetrunkenen Schlosser Seitz wegen Lärmens festnehmen. Dabei wurden angeblich dem Beamten das Seitengewehr und der Gummiknüppel abgenommen, er selber zu Boden geworfen.

Er tötete schließlich den Schlosser Seitz durch einen Bauchschuß.

Staßfurt. Der erste Bürgermeister von Staßfurt, der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete K a s t e n, ist am Sonnabend erschossen worden, sehr wahrscheinlich von dem nationalsozialistischen Gymnasiasten M a t t h e s.

Wie das Magdeburger Polizeipräsidium mitteilt, hatte K a s t e n am Nachmittag einen Nazi festnehmen lassen, der verdächtig war, sich kurz zuvor gelegentlich eines Umzuges von SA und „Stahlhelm“ mit einem Arbeiter-Samariter geschlagen zu haben. Andere Nazis begleiteten den Festgenommenen zum Rathaus und warteten draußen, während drinnen K a s t e n die Vernehmung leitete. Unter den draußen Wartenden war ein junger Gymnasiast. Der festgenommene Nazi wurde nach Klärung des Sachverhaltes entlassen. Dann ging K a s t e n nach Hause. Ueber das Weitere hat der sterbende Bürgermeister noch folgende Aussage gemacht:

„Ein Gymnasiast, mit roter Schülermütze, wahrscheinlich derselbe, der schon während der Verhandlungen mit dem SA-Mann vor der Polizeiwache gewartet hatte, hat mich verfolgt. An der Ecke hinter der Wache hat er mich sogar noch gegrüßt. Als ich die Gartentür aufschloß, trat er von hinten an mich heran und rief: „Warte, du Schurke, jetzt rechnen wir ab und gab einen Schuß auf mich ab. Dann rannte er davon.“

Die NSDAP hat versucht, von der Tat abzurücken. Am Sonntag früh erschien der Kreisleiter der NSDAP, W i e n e c k e, mit dem gesuchten M a t t h e s auf der Polizei und erklärte, dieser hätte sich bei ihm aufgehalten. M a t t h e s leugnet einstweilen.

Zeitungsverbote:

Die „Rote Fahne“ vom 4. bis 7. Februar, die Dresdener „Arbeiterstimme“ (KP) vom 4. bis 10. Februar, die „Rheinische Zeitung“ (SP) für drei Tage, die Breslauer „Volkswacht“ (SP) vom 6. bis 8. Februar, die „Volkswille“ (SP) wurde in Hannover beschlagnahmt.

Die politische Justiz

hat während der Woche vom 29. Januar bis zum 4. Februar nicht viele Verurteilungen herausgebracht. Uns sind insgesamt folgende Urteile wegen politischer Vergehen bekanntgeworden:

gegen Linksstehende

5 Jahre Freiheitsstrafe, davon 3 Jahre 8 Monate Zuchthaus;

gegen Nationalsozialisten

nichts.

In dieser Aufstellung ist das Urteil wegen des nationalsozialistischen Mordes an dem „Stahlhelm“-Gutspächter Steinicke nicht enthalten, da es sich hier um einen gemeinen Raubmord, nicht um ein politisches Verbrechen handelt.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

München: Dienstag, 7. Februar, 20 Uhr, im „Angerwirt“, Ober-Anger 33. Thema: Der Raubzug gegen China. Rednerin: Chi-Yin Chen. Eintritt frei.

A. M. FREY (20)



DIE PFLASTERKÄSTEN

Unberechtigter Nachdruck verboten. Copyright 1933 by E. Kloppehauer Verlag AG, Berlin.

Er greift hinein, er nimmt eine Handvoll, er steckt eine in den schmalen Mund. „Wem gehören die?“

Einer springt vor: „Mir, Herr Oberarzt“, und er reicht ihm Feuer.

„Woast es no net, daß i Stabsarzt g'wordn bin“, fragt er langsam, fast verbündlich, mit einem höhnisch gezogenen Ton durch die Hakennase.

„Befehl, Herr Stabsarzt!“

„Also, man bitte —“, sagt Lipp in parodierter Liebenswürdigkeit. „Ihre Zigaretten kriegen Sie morgen ersetzt. Mein Bursch ist noch nicht da, der die Menage mitbringt.“

Er geht weiter — und bricht in breitmeckerndes Gelächter aus. Er hat mit scharfen Augen Funk entdeckt, der sich möglichst verbirgt hinter Schlafgestellten. Er hat ihn sofort wiedererkannt. „No, wie geht's? Macht sich's? Hab ich Ihnen nicht gleich gesagt, daß sich's machen wird? Wenn der Dienst Sie nicht abhält, kommen Sie in einer Stunde zu mir. — Unteroffizier Vogel, der Funk macht keinen Trägerdienst; er wird verwendet als Begleiter und Meldegänger.“

„Längst, Herr Stabsarzt“, sagt Vogel obenhin. Wenn wir auf dich hätten warten wollen — heißt das.

Lipp verfinstert sich, er hat Scharfes auf der Zunge — aber dann zieht er vor, nichts gehört zu haben. „Also, auf nachher“, nickt er kameradschaftlich und geht.

Die Mannschaft atmet auf. „Deine Zigaretten siehst net wieder“, heißt es. „Hat der Lipp schon je was zurückgegeben? Aber das Schnörren versteht er. Die letzte Spreizen zieht er dir aus der Tasche.“

„Wenn man's gut trifft“, verteidigt ihn ein anderer, „teilt er schon auch. Wir haben einmal mitsammen einen

guten Kuchen gefressen, den hat er von daheim geschickt bekommen. Und erzählt hat er mir dabei von seiner alten Mutter eine Stund' lang. Er ist gar nicht so übel.“

„Er ist ein Viechkerl. Du kennst dich nicht aus bei ihm.“

„Er spinnt. Er ist nicht richtig.“

„Schaut er net aus wie der Gottseibeijuns? Er hat den Teufel in seinem mageren Leib.“

Der, von dem sie raunen, schickt seinen Burschen herüber — nun ist er also doch da? — und läßt um vier Feldkessel ersuchen. Es entspinnt sich ein Kampf, wer seinen Kessel hergeben muß.

„Wozu braucht er denn gleich vier?“

„Weiß nicht“, sagt der Bursch. „Ich bringe sie euch wieder.“

„Das kennt man. Was der mal in den Klauen hat —“

Schließlich, unter des Burschen Drohungen, wenn er jetzt die Kessel nicht bringe, werde der Stabsarzt selber kommen und heillosen Krach schlagen, schiebt er mit vier erbeuteten ab.

Und bald wird es auch für Funk Zeit, zum Arztunterstand hinüberzugehen. Der Unteroffizier ermahnt den Widerstrebenden.

Lipp ist in voller Tätigkeit, als Funk die Erdstufen hinuntertastet. Es brennen fünf Kerzen. Lipp liegt auf dem Boden an der Holzverschalteten Wand und verstopft Astlöcher.

„Funk, san S' da? Guat. Sie können glei mitarbeiten. Wissen S', was es in dem Sauloch da herunten gibt? Mäus! Schauen S', mei Bett hab i schon in die Mitten g'stellt und die vier Eisenfuß in vier Feldkessel. Die Kessel kann ma glei als Pottschamber benützen. Hauptsach ist, daß Flüssigkeit drin ist, nachher können die Viecher net am Bettfuß in die Höh' und zu mir herein.“ Er meckert fröhlich: „Was, Funk, die Mäus' nämlich, die wir gern im Bett hätten, die sind weit furt.“

Funk steht in dienstlicher Haltung und schweigt. Aber es pruscht der Bursche los.

„Halt die Goschen, Lümmel!“ schreit Lipp. „Zwan'g Jahr ist der Lackel und lacht schon höchst ausgepicht. Verschwinde, Roué! Sorg' fürs Nachteessen! Der Funk speist bel mir, also blamier' mich nicht.“

Reisling, der Bursche, geht lautlos.

Der Stabsarzt hockt sich an den Tisch. Er hat den Kannonenofen zur glühenden Röhre erhitzen lassen. Die Luft schwelt feurig. Er zieht die dicken Lederhandschuhe und den Waffenrock aus. Der Geierhals taucht aus einer Leopardenfellweste. Er hat etwas vom Tierbändiger und Tier zugleich. Funks grübelnden Blick fängt er ein. „Was, ein feines Stück, die Weste? Von meinen Reisen als Schiffsarzt anno dazumal. Treten Sie näher, rührt euch, Funk! Weshalb so steif?“ Er sagt es scherzend — und geht jäh in Befehlston über: „Darf ich bitten, ich habe es doch schon gesagt, sich der Löcher in der Wand anzunehmen. Dort ist Stopfmateriale, zerstoßenes Glas. Man muß, Funk, hier draußen immer tätig sein. Bummeln kann sich nur die Garnison leisten.“

Funk macht sich an die Arbeit. Er weiß nicht recht, wie er die Glassplitter anpacken soll, ohne sich zu schneiden. Er umwickelt Fingerspitzen mit dem Taschentuch und kommt, so behindert, nur langsam vom Fleck.

Merkt der Stabsarzt den lahmen Gang der Sache nicht, die ohne Handschuhe kaum zu leisten ist? Er lehnt sich zurück in einen zerfransten Bauernpolstersessel mit Ohrenklappen. Er ist in Plauderlaune.

„Wir sind allein, Funk. Auch mein Hannes ist fort. Ich hab' mit Ihnen zu sprechen. Vor allem, daß wir uns verstehen: Sie nehmen die Geschichte neulich in Fournes nicht krumm, was? Ich hab' Ihnen den Kopf zurechtsetzen müssen — schon wegen der anderen Mannschaft. Vergünstigungen ohne weiteres, das gib't nicht. Hab' auch mit Oberarzt Model gesprochen — ja, natürlich, das weiß ich selber, daß Sie kein Bär sind. Dazu brauche ich die Finessen des Herrn Oberarztes nicht. Wie ist Ihr Dienst jetzt, geht er?“

„Er geht, Herr Stabsarzt.“

„No also. Auf Rosen ist keiner von uns gebettet. Aber ich weiß was Besseres für Sie als das blöde Gelauf' hier draußen. Ich will Sie mir holen. Deshalb bin ich hier. Andere Lockungen hat der Verbandplatz nicht für mich.“ Er stößt ein krächzendes Gelächter aus.

Funk erstarrt innerlich. Was wird geschehen? denkt er. „Ich will Sie mir holen“, sagt dieser Mensch. Mir ist, als holt' mich der Satan.

(Fortsetzung folgt.)

Sieg der Hamburger Bäckereiarbeiter.

E. K. Die Bäckereiarbeiter Groß-Hamburgs haben durch ihr kampfmütiges Auftreten einen Lohnabbau abgewehrt. Die Brotfabrikanten hatten den Tarifvertrag zum 30. November gekündigt und verlangten 2,45 Mark Lohnabbau pro Woche. Durch Schiedsspruch sollte der Lohnabbau erreicht werden. Die organisierten Bäckereiarbeiter lehnten den Schiedsspruch ab! Daraufhin beantragten die Brotfabrikanten die Verbindlichkeitserklärung. Die Arbeitnehmervertreter erklärten, daß ein Lohnabbau untragbar sei und sie alle Mittel gegen den verbindlich erklärten Schiedsspruch anwenden würden. Schlichter Dr. Stenzel setzte dann nochmals Verhandlungen an. Es wurde dort eine Vereinbarung erreicht, wonach der jetzige Tarifvertrag bis zum 31. März 1934 bestehen bleibt. Also ein voller Sieg der Bäckereiarbeiter! Erreicht haben sie ihn, weil sie gut organisiert sind und vor keinem Kampfmittel zurückschrecken. Hier sehen wir wieder, was eine gut organisierte Arbeiterschaft erreichen kann, wenn sie wirklich kampfbereit ist.

Für die RGO-Führer genügte dieses Ergebnis nicht. Sie meinten, durch Streik hätte man mehr erreichen können, und nannten das Ergebnis darum einen Verrat an den Bäckereiarbeitern. In zwei Brotfabriken versuchten sie, nachdem die Abwehr des Lohnabbaus schon erreicht war, einen Streik auszulösen. In der Brotfabrik Otto Kloß hielt die RGO zwei Versammlungen ab, in denen versucht wurde, einen Streikbeschuß zuwege zu bringen. Von den etwa 190 Beschäftigten stimmten bei der ersten Abstimmung etwa 40 für und 24 gegen den Streik. Zum Streik kam es nicht. Die RGO beschimpfte die anderen Arbeiter, die ihre Versammlungen nicht mitmachten, als „Gewerkschaftsbürokraten“.

Dreimal beschloß die RGO bei Kloß den Streik, ohne daß es zum Streik kam.

Bei der Schlüterbrotfabrik gelang es der RGO durch falsche Gerüchte die Belegschaft zum Streik zu bringen. Die RGO hatte nämlich den Arbeitern bei Schlüter gesagt, daß bei Kloß gestreikt würde. Nur deshalb traten sie in den Streik. Als sie aber herausbekamen, daß bei Kloß nicht gestreikt wird, gingen sie sofort wieder in den Betrieb.

Ob die RGO-Strategen meinen, durch solche Methoden den Arbeitern zu helfen? Das ist eine Gewerkschaftsarbeit, bei der die Kommunisten jedes Ansehen und jeden Einfluß verlieren müssen, statt Fortschritte zu erzielen, sie wieder zu Klassenkampf-Organisationen zu machen.

Der Vesuv wieder in Tätigkeit.

In der Nacht zum Sonnabend war von Neapel aus ein helier Schein über dem Vesuv zu sehen; bald darauf wurde der Gipfel von einem dichten Nebel eingehüllt. In den Ortschaften, die auf vulkanischem Boden liegen, wurden rollende Geräusche und leichte Erdstöße festgestellt.

Nach einer Mitteilung des Direktors des Vesuv-Observatoriums hat der Vesuv damit nach einer zweijährigen Pause wieder mit seiner Tätigkeit eingesetzt. Seit seinem Wiedererwachen im Jahre 1913 sei der Vulkan fast in jedem Frühjahr unruhig geworden. Der schlimmste Ausbruch in dieser Zeit habe im Juni 1929 stattgefunden; es sei nur zu hoffen, daß die Unruhen dieses Mal nicht wieder ein solches Ausmaß annehmen würden.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janszowski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

„Giftgas droht — tut Luftschutz not?“

F.-G. Das Friedenskartell Kassel, dem alle proletarischen Partei- und Kulturorganisationen, außer SP und KP, angehören, hatte dieser Tage zu seiner ersten Versammlung eingeladen. Wenige Stunden vor Beginn wurde die Veranstaltung vom Polizeivizepräsidenten Mergenthaler verboten, weil dieser aus Mitteilungen eines Kartell-Funktionärs glaubte schließen zu können, daß der Referent Ausführungen machen würde, „die den Bestrebungen der amtlichen Stellen über den Luftschutz gerade entgegengesetzt sind“. Die „Bestrebungen der amtlichen Stellen“ sind offenbar theoretisch sehr schwach fundiert. Woher sonst die Angst vor diesem aufklärenden Vortrag?

Trotz dieser Sabotage der Polizeibehörde war die dann einberufene Mitglieder-Versammlung ein voller Erfolg. Der ursprünglich vorgesehene Versammlungssaal war mit 400 bis 500 Teilnehmern voll besetzt. Statt Oberst a. D. Lange, der durch Krankheit verhindert war, sprach der Genosse Vierbücher. Er sprach temperamentvoll und eindringlich. Zuweilen waren seine Worte von einem beißenden Humor durchsetzt.

Zur politischen Lage sagte er sehr treffend: Wir stehen vor einem Aschermittwoch, der um so unblutiger verlaufen wird, desto enger und geschlossener die Arbeiterorganisationen auftreten. Wir stehen in einer Situation, in der die Arbeiterschaft zu den ganz großen Aktionen übergehen muß.

Mit wenigen Worten rückte Vierbücher den Anwesenden die heutige Kriegsgefahr vor Augen und behauptete: *Es gibt keinen absolut sicheren Schutz gegen die Hauptkampfwaffe: das Giftgas!*

Der Sauerstoff-Apparat, der von vielen als Schutzmittel bezeichnet wird, bietet nur einen Schutz gegen Gase, die die Atmungsorgane des Menschen bedrohen. Da die heutigen Sauerstoffbehälter im besten Falle drei Stunden verwendungsfähig, manche Gase aber nach Tagen noch wirksam sind, muß man Sauerstoffapparate als fragliche Schutzmittel betrachten. Außerdem kostet ein Sauerstoffapparat heute 120 Mark!

Wie steht es mit dem Schutz durch Gasmasken? Eine Gasmasken muß zunächst einmal genau passen. Ferner gibt es verschiedene Gase, die nur mit eigens dazu bestimmten Filtern abgewehrt werden können. Also müßte jeder Gasmaskenbesitzer noch eine größere Anzahl verschiedener Filter haben und müßte außerdem im entscheidenden Moment den notwendigen Filter finden und montieren können.

Auch der Gasanzug, der aus Gummi hergestellt ist und den ganzen Körper bedeckt, ist kein wirksames Abwehrmittel, denn es gibt noch ätzende Gase, die alles zerfressen.

Nicht besser steht es mit Gaskellern. Spreng- und Brandbomben werden Gasangriffe begleitet und damit auch die Gaskeller als Zufluchtsstätte untauglich machen.

Sicher hat Vierbücher die meisten Versammlungsbesucher von der Unmöglichkeit eines wirksamen Schutzes gegen den Giftgaskrieg überzeugt. Er meinte, und darin sind wir mit ihm einig, daß die Aufgabe aller Kriegsgegner in der Verhinderung des Krieges besteht.

Aber dazu ist bloße Aufklärung über die Gefahren eines neuen Krieges nicht hinreichend.

Bei solchen Gelegenheiten muß ein offenes Wort über die Bedeutung der Gewerkschaften zur Verhinderung des bevorstehenden Krieges gesagt werden. Ferner sollten die Maßnahmen aufgezeigt werden, die die Gewerkschaften schon heute zu ergreifen verpflichtet sind. (Wir weisen in die-

sem Zusammenhang auf die kürzlich im „Funken“ abgedruckte Rede von Edo Fimmen hin, die dieser im Oktober 1930 auf dem Bundestag der Deutschen Friedensgesellschaft gehalten hat und die heute in Broschürenform erhältlich ist.)

Sollmann appelliert an die Kommunisten.

E. Z. In der Rheinlandhalle in Köln sprach Sollmann vor etwa 13 000 Versammlungsbesuchern. Während noch am vorhergehenden Sonntag aufgerufen wurde „gegen faschistischen und bolschewistischen Terror“, lautete diesmal der Aufruf: „Gegen Großkapital, Junkertum und Hitlertum“. Im Verlauf seiner Rede stellte Sollmann die Frage an die Kommunisten: „Wollt Ihr weiter fortfahren mit der Parole: ‚Der Hauptfeind der Arbeiterklasse ist die Sozialdemokratie!‘? Wir werden auf solche Parolen den Kommunisten antworten: ‚Der Hauptfeind steht rechts!‘ Stalin macht Nichtangriffspakte mit den kapitalistischen Regierungen, mit dem kapitalistischen Frankreich, dem faschistischen Polen, warum sollten nicht die deutschen Kommunisten einen Nichtangriffspakt schließen können mit der Sozialdemokratie? (Großer Beifall.) Ich habe im Wahlkampf im Juli vorigen Jahres den Kommunisten einen solchen Nichtangriffspakt vorgeschlagen. Damals war die Antwort der Kommunisten: Das wäre das größte Verbrechen am Proletariat.“

Sollmann hält ein gemeinsames Marschieren zwischen beiden getrennten Gruppen unter der Bedingung für möglich: daß nicht der anderen Partei nach dem Leben getrachtet werde.

Großen Beifall erntete Sollmann, als er sagte: „Die Zeit der nur reformerischen Teilforderungen ist vorbei, die Sozialdemokratie ruft auf zur Generaloffensive gegen die Grundlagen des Kapitalismus.“ Der Beifall an dieser Stelle läßt die Kampfbereitschaft der Versammlungsteilnehmer vermuten.

Es ist sicher nötig, die Ausführungen Sollmanns über die Generaloffensive der SPD gegen die Grundlagen des Kapitalismus vorsichtig aufzunehmen. Die Sorge bei manchem Versammlungsteilnehmer ist berechtigt, die dahin geht: Wahrscheinlich wollte Sollmann nur eine radikale Wahlrede für die SP halten!

Aber auch in diesem Fall sollten doch die kommunistischen Genossen Sollmanns Rede nicht als Schwindelnummer hinstellen, sondern ihn klugerweise beim Wort nehmen und die zaghaft und widerwillig gereichte Hand ehrlich erfassen, festhalten und nicht loslassen, bis der Faschismus durch die „Rote Eiserner Front“ erledigt ist.

Praktische Einheitsfront.

Wir sind ja alle nur Arbeiter . . . ob SP oder KP.

Mit diesen Worten kaufte mir gestern ein SP-Arbeiter den zweiten „Funken“ für einen KP-Genossen ab. Wir hatten kurz über die Einheitsfront gesprochen, und ich wies auf die besondere Wichtigkeit des gezeigten Leitartikels hin. Der KP-Arbeiter hatte aber kein Geld. Kurz entschlossen gab mir der SP-Genosse 10 Pfennige und drückte dem KP-Genossen den „Funken“ in die Hand.

Ein Gesetz zur Erleichterung der Eheschließung, das in beiden Kammern angenommen worden ist, ist jetzt in Frankreich in Kraft getreten. Auf Grund dieses Gesetzes ist es Jugendlichen vom 21. Lebensjahr ab gestattet, ohne Zustimmung der Eltern zu heiraten.

Das Haus der guten Schuhe H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 87/88
Telefon: 9 6 Wedding 2388
Bei Vorzug d. Inserates 5% Rabatt!

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut · schnell · billig
EUGEN GEMM
Frankfurt a. M., Niederwald
Engelsplatz 12.

C. Lotze
Göttingen
Johannisstr. 2

Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen
A. N. Timmermann
Hamburg 85, Luisenweg 61 III.

Freunde
und Leser des
„Funken“!
**Unterstützt
Euro
Zeitung!**
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einliefern
unserer Inserate!

VEGA KÖLN, Beethovenstraße 19
Vegetarische Gaststätte
Neuzzeitliche Ernährung nach Dr. med. Bircher-Benner, Zürich
Speisezeit ununterbrochen von 12 bis 20 Uhr

**Maßarbeit erstklassig
und billig**
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen-
Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hintzer der Dorf-Aue 14

Sonnenblumen-Öl
kalt abgepreßt, daher voll-
wertiger. Bestes Speiseöl für
Salate, zum Braten, Backen
usw., milder Geschmack.
5-kg-Kanne 5,50 RM ab hier.
Kanne 1,— RM Pfand.

**Butter
Käse, Eier
Landbrot**

Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
I. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 87.

**Zeitschriften, Broschüren,
Flugschriften, Plakate**
stellt schnell, sauber und billig her
Oscar Wettig, Gelnhausen

**Seifen
Wirtschaftsartikel**
gut und preiswert
Otto Scaruppe
Berl.-Reinickendorf-Ost, Wilstr. 1

**Frischkost-Reformhaus
Magdeburg**
Otto v. Guerickestr. 104.

Ist Maßkleidung zu teuer?
Maßkleidung ist eleganter, tragfähiger, dauer-
hafter und darum billiger als Konfektion.
Wer jetzt sparen muß, trägt nur Maßkleidung!
Machen Sie einmal den Versuch!
Rudolf Schönheit, Herren- u. Damenmoden
Magdeburg / Johannisbergstraße 10 III.

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen,
Klingelanlagen usw. **Spezialität:**
**Anfertigung
mod. Tisch- u. Nachttischlampen**
G. Funke
Elektrotechniker
GÖTTINGEN / Jüdenstraße 8, III.

Sieben ersahien in neuer Ansetzung:
**Philosophen
für und wider
die Revolution.**
Von
HELLMUTH FALKENFELD.
72 Seiten. Kartoniert 0,60 M.
Inhalt:
I. Die Philosophen der französischen Revolution
II. Immanuel Kant. VII. Stirner.
III. Johann Gottlieb Fichte. VIII. Tolstoj.
IV. Jakob Friedrich Fries IX. Nietzsche.
V. Hegel. X. Popper-Lynkous.
VI. Marx. XI. Leonard Nelson.
Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin SW 19, Inselstr. 8a.
Postcheckkonto Berlin 81842

Sprechapparate
Koffer + Schatullen + Schränke
Schallplatten
für Konzert u. Unterhaltung in allen Preislagen
Verlangen Sie Angebot!
OTTO PFOTENHAUER
Wolmar, Röhrstraße 40

ISK
Monatsschrift d. Internationalen
Sozialistischen Kampf-Bundes.
8. Jahrgang
Februar 1933
IVA-Berlin / Preis 20 Pf.

ALLAN FLANDERS:
Die geheime Internationale.
Neues von der Mordindustrie.
FRITZ GROB:
Klassenkampf, Demokratie
und Gewerkschaften.
Aussprache:
GRETE HERMANN:
Achtung vor Verträgen.
8. Jahrgang
Februar 1933

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987
6. Februar:
Charlie Chaplin: Lichter der Großstadt
Ab 7. Februar:
**Dowschenko: Erde
Menschen am Sonntag**
Anfangszeit: 18, 17, 19 und 31 Uhr

Aus Hugenbergs Reich.

Rpt. Hugenberg ist nunmehr Herr über mindestens vier Ministerien. Zum Reichsernährungsministerium (dem Ministerium zur Ernährung der Großagrarien) und Reichswirtschaftsministerium sind nämlich hinzu gekommen das preußische Landwirtschaftsministerium und das preußische Handelsministerium. Die Bezeichnung „Wirtschaftsdiktator“ wird Hugenberg daher kaum von sich weisen können.

In einer Reihe von Zeitungen wurden Meldungen über ein beabsichtigtes Gesamtamortatorium für die Landwirtschaft verbreitet (also die Ermächtigung an die Landwirte, allgemein während einer noch festzusetzenden Zeit keine Zahlungen zu leisten). Von „zuständiger Seite“ wird dazu erklärt, daß alle diese Nachrichten, die anscheinend von übelwollender Seite verbreitet würden, unrichtig seien. Halten wir uns also an das, was von „wohlwollender“ Seite, also Hugenbergs eigenen Pressediensten, mitgeteilt wird.

In der „Landwirtschaftlichen Wochenschau“ vom 4. Februar heißt es: „Der Ausbau des Vollstreckungsschutzes ist notwendig, um die landwirtschaftliche Arbeit der nächsten Monate vor Eingriffen zu schützen. Darüber hinaus weiß man von dem neuen Betreuer der Landwirtschaft, Dr. Hugenberg, daß ihm die großzügige Entschuldung der Wirtschaft vorschwebt, und zwar eine

Entschuldung, bei der kein deutscher Wirtschaftszweig und kein Sparer benachteiligt wird.“

Wir nehmen also staunend zur Kenntnis, daß Herr Hugenberg ein Rezept in der Tasche hat — stammt es aus Hitlers berühmter Schublade? — die Wirtschaft zu entschulden, ohne daß ein deutscher Wirtschaftszweig und ohne daß ein Sparer benachteiligt wird. Wenn kein Sparer benachteiligt werden soll, so kommt allerdings Inflation nicht in Frage! Beruht das Hugenberg'sche Wirtschaftswunder also darauf, daß er gewisse Wirtschaftszweige — etwa die Banken — als undeutsch bezeichnet? Oder aber, was noch wahrscheinlicher ist, sieht es eine noch tollere Ausplünderung der Arbeiterschaft vor?

Zunächst sind der Wirtschaftsdiktator und seine Helfer mit Personalveränderungen in ihrem Herrschaftsbereich stark beschäftigt. Aus verschiedenen Zitieren wir darüber im folgenden die „Landwirtschaftliche Wochenschau“ vom 4. Februar. Um unseren Lesern die Lektüre der folgenden Zeilen möglich zu machen, schalten wir jedoch zunächst die erste Lieferung aus einem kleinen Wörterbuch ein, das in unserer Redaktion zum Verständnis deutscher Regierungserklärungen entworfen worden ist.

Hugenbergisch:	Deutsch:
An Sonderinteressen gebundene Beamte.	Beamte, die nicht die Sonderinteressen von einigen tausend Großagrarien vertreten.
Fiasko der deutschen Handelspolitik.	Ausführungsverbot, leicht trotz aller Agrarexperimente 1932, um die deutschen Auslandsschulden zu vermindern und 500 Millionen Mark zurückzahlen.
Wirtschaftspazifistisch.	Gegner der Verärgerung der Käufer deutscher Waren.
Kanäle zur wirtschaftspolitischen Beunruhigung der Öffentlichkeit.	Korrespondenz „Industrie und Handel“, bisher betreut vom Auswärtigen Amt und Reichswirtschaftsministerium.
Innerer Wirtschaftskrieg.	Industrielle lassen sich nicht alle agrarischen Forderungen gefallen.
Internationaler Ruf.	Ruf, den man sich als Angehöriger der Tomaten-Kommission durch Herausgeworfenwerden im Haaz erwirbt.

Bei Benutzung dieses Wörterbuches werden unsere Leser die folgenden Ausführungen der „Landwirtschaftlichen Wochenschau“ verstehen:

„Wesentliche Personalveränderungen müssen allerdings im Reichswirtschaftsministerium erwartet werden, weil hier die persönlichen Bindungen einzelner maßgebender Beamten an Sonderinteressen besonders stark sind und die Leitung wichtiger Referate in den Händen von Persönlichkeiten liegt, die der von der neuen Regierung vertretenen gesunden Wirtschaftspolitik des inneren Aufbaus aller bodenständigen Kräfte bisher mit allen Mitteln entgegengearbeitet haben. So kann man sich schwer vorstellen, daß etwa Ministerialdirektor Posse, der zusammen mit Ministerialdirektor Ritter vom Answärtigen Amt die Verantwortung für das Fiasko der Handelspolitik seit 1925 zu tragen hat, seine Funktionen noch weiterhin ausübt. Auch der wirtschaftspazifistische Sach-

Hitler braucht Wahlen.

Um die Auflösung des preußischen Landtages.

Nach einer erregten Sitzung lehnte der preußische Landtag am Sonnabend nachmittag den nationalsozialistischen Antrag auf Auflösung des Landtages ab. Gegen den Antrag stimmten die Kommunisten, die Sozialdemokraten und das Zentrum, zusammen 214 Stimmen, für den Antrag die Nazis, die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Christlichsozialen und die Deutschhannoveraner, zusammen mit 196 Stimmen.

Während der Sitzung kam es zweimal zu heftigen Tumultszonen, als Severing versuchte, auf einen Angriff des Nazis Kube gegen die Regierung Braun zu antworten. Severing wurde bei den beiden Ansätzen, die er in dieser Richtung unternahm, gleich bei den ersten Worten von den Nationalsozialisten niedergeschrien, die so lange tobten, bis die Sitzung vorübergehend aufgelöst wurde. Severing gab nach dem zweiten Mal das Rennen auf und erschien bei der zweiten Wiedereröffnung der Sitzung nicht wieder. Zentrum und SP haben die sofortige Einberufung des Aeltestenrats beantragt, um sich darüber zu beschweren, daß der amtierende Vizepräsident des Landtags nicht energisch gegen die randalierende Nazifraktion eingeschritten ist.

Während der zweiten Unterbrechung der Landtagsitzung, als das Abstimmungsresultat auf Grund der Diskussion bereits bekannt war, unternahm Kerrl einen neuen Versuch, die Auflösung des Landtages zu erzwingen. Nach Artikel 14 der preußischen Verfassung besteht die Möglichkeit der Auflösung des Landtages durch einen Beschluß des preußischen Ministerpräsidenten, des Präsidenten des Landtages und des Präsidenten des preußischen Staatsrats, wenn die Auflösung zur Wahrung lebenswichtiger Interessen des Landes erforderlich ist. Zur Herbeiführung dieses Beschlusses hatte Kerrl Braun und Adenauer, den Präsidenten des Staatsrats, zusammengerufen. Adenauer und Braun lehnten die Auflösung aber ab.

Das Schicksal der preußischen Verfassung.

Nach der Ablehnung des Auflösungsantrages verabschiedete der Landtagspräsident Kerrl die Abgeordneten mit den vielsagenden Worten: „Ich wünsche den Abgeordneten für die Zukunft bestes Wohlergehen!“ Die Begeisterung, mit der seine Parteigenossen diese Aeußerung aufnahmen, zeigte, daß sie ihn verstanden hatten:

Das Scheitern der legalen Auflösungsversuche veranlaßt Kerrl keineswegs dazu, diesen Herzenswunsch fallen zu lassen.

Daß er bei weiteren, von Verfassungsbedenken ungetrübten Bemühungen um sein Ziel von den Harzburger Verbündeten keinen Einspruch zu erwarten hat, haben diese bereits mit unmißverständlicher Deutlichkeit bekanntgegeben. Die „Berliner Börsen-Zeitung“ berichtet über die Besprechung Kerrl-Adenauer-Braun mit der abfälligen Bemerkung: „Die Frage, ob es überhaupt zweckmäßig war, den Chef der preußischen „Hitler“-Regierung in dieser Angelegenheit zum Drei-Männer-Kollegium zu bemühen, soll hier nicht näher erörtert werden.“ Und der stellvertretende Parteivorsitzende der DNVP, von Winter-

bearbeiter der internationalen Zollnomenklatur sollte sich schwerlich auf den neuen Kurs umstellen können. Mindestens ebenso wichtig erscheint die Verstopfung der bisher von bestimmten Persönlichkeiten des Reichswirtschaftsministeriums in so verhängnisvoller Weise benutzten Kanäle zur wirtschaftspolitischen Beunruhigung der Öffentlichkeit. Die Herren, die seinerzeit die unsachliche Austragung des Kontingentskrieges auf dem Gewissen hatten und dabei nach einer völlig unsachlichen einseitigen Regelung gemeinsam mit einem privaten Büro auch das amtliche Material des Auswärtigen Amtes ausnutzen und so die Stichworte für den inneren Wirtschaftskrieg liefern konnten, dürften zu ihrer bisherigen Tätigkeit bald keine Gelegenheit mehr haben. Dafür sollte man damit rechnen können, daß andere, hervorragend qualifizierte Beamte, im wesentlichen aus dem Ernährungsministerium, in ihren Fähigkeiten und ihrem internationalen Ruf entsprechendes Arbeitsgebiet erhalten; das müßte sich vor allem auf die Handelspolitik beziehen.“

Wenn man Herrn Hugenberg vier Jahre oder auch nur vier Wochen-Zeit gibt, so kann er allershand anrichten; so kann er „hervorragend qualifizierte“ Arbeit für die Kapitalisten leisten!

feld, erklärte vor einem Ausschuß seiner Partei: „Wenn Papen unserem Räte gefolgt wäre, preußische Staatsminister zu ernennen, Braun und Severing wegzuschicken und

den Staatsgerichtshof vor vollendete Tatsachen zu stellen, dann wäre das Leipziger Urteil nicht so ausgefallen, wie es geschah, und wir hätten heute nicht die unglaubliche Lage. Nachdem jetzt die Auflösungsanträge im Landtag gescheitert sind, erwarten und verlangen wir von unserer Regierung — wir müssen sie „unsere“ nennen, weil unser Führer Hugenberg darin sitzt —, daß sie gegen Preußen vorgeht. Wenn der Reichskommissar an die Stelle des preußischen Ministerpräsidenten tritt, kann er mit Herrn Kerrl zusammen die Auflösung des Landtages erzwingen.“

Die Winterfeldtschen Auslassungen sind — nebenbei bemerkt — auch in ihren sonstigen Partien kennzeichnend für deutschnationales Intrigenspiel: Von der etwas ängstlichen Hoffnung an, daß die Nationalsozialisten ehrliche Spieler sein werden,

„daß immer mehr das Sozialistische verschwinden möge im Gedankengut der Nationalsozialisten und das Nationale immer mehr hervortritt“, bis zu dem kühnen Schluß auf die Unsterblichkeit:

„Der Reichspräsident stirbt, aber der König stirbt nicht, deshalb bleibt unser Endziel die preußisch-deutsche Hohenzollernsche Monarchie“

— wobei Herr von Winterfeldt allerdings zu erwähnen vergaß, daß auch Hindenburg einen Sohn hat, der, wie in der Presse kürzlich festgestellt wurde, „in der Verfassung nicht vorgesehen ist“.

Hindenburg hat inzwischen die zur Auflösung des Landtages erforderlichen Handhaben gegeben.

Kommunale Neuwahlen in Preußen.

Gestützt auf Verordnungen, die zum großen Teil in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts für die „Preußische Monarchie“ erlassen worden sind, haben die in Preußen diktierten Reichskommissare sämtliche Provinziallandtage, die Kommunalparlamente der Bezirksverbände Wiesbaden und Kassel und des Landeskommunalverbandes des Hohenzollernschen Landes, die Kreistage, die Gemeindevertretungen der Stadt- und Landgemeinden sowie die Bezirksversammlungen der Verwaltungsbezirke der Stadtgemeinde Berlin und die Amtsvertretungen in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen aufgelöst. Die Gemeindevertretungen der Stadt- und Landgemeinden der Provinz Hannover und die Stadtverordnetenversammlungen in Neuvorpommern und Rügen verfallen ebenfalls der Auflösung. Die Neuwahlen sollen am 12. März stattfinden.

Auflösung des Braunschweiger Stadtparlaments.

Auch Klages kommt dem Propagandabedürfnis des „Führers“ entgegen. Er hat in der Braunschweiger Gemeindevollversammlung die Auflösung der Braunschweiger Stadtverordnetenversammlung durchgesetzt. Neuwahlen am 5. März.

Auslandsdeutsche und Splitterparteien.

Mit Hilfe des Artikels 18 hat Hindenburg das Reichswahlgesetz für die bevorstehenden Wahlen zum Reichstag in zwei Punkten abgeändert: 1. Während bisher nur deutsche Staatsbeamte oder Staatsangestellte, die im Ausland, aber nahe der Reichsgrenze wohnten, in einer benachbarten deutschen Gemeinde wählen durften, sollen künftig alle im Ausland lebenden Reichsdeutschen das Wahlrecht haben, sofern sie sich nur am Wahltag in Deutschland aufhalten. 2. Die Aufstellung einer neuen Liste, die im bisherigen Reichstag noch keinen Vertreter hatte, ist künftig nur auf Antrag von so viel Wählern zulässig, als Stimmen zur Erlangung eines Sitzes erforderlich sind, das heißt also

von 60 000 Wählern!

Da einer solchen Liste von 60 000 Unterschriften die Bestätigung der Gemeindebehörde beifügen sein muß, daß alle Unterzeichner wahlberechtigt sind, so ist zum mindesten für die bevorstehende Wahl, die Einreichung solcher neuen Listen so gut wie ausgeschlossen.

Kählers Abschiedsgeschenk.

Wenig. Der Reichskommissar für das preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Professor Dr. Kähler, mußte zurücktreten wegen „seiner mangelnden Initiative in den großen schul- und kulturpolitisch zielweisenden Fragen preußisch-deutscher Bildungshotwendigkeiten“. Anschließend hat er diesen Vorwurf seiner nationalen Freunde durch drei Erlasse entkräften wollen, in denen er die Anwendung der Grundsätze der neuen Staatsführung auf die Leitung und die Arbeit in den Volksschulen verfügt.

In dem bisher geltenden Erlaß hieß es: „Der Schulleiter ist nicht Vorgesetzter der an der Schule angestellten Lehrer, sondern steht zu seinen Mitarbeitern im Verhältnis eines Ersten unter Gleichen.“ Jetzt heißt es: „Die Lehrer sind gehalten, die Anordnungen des Rektors, soweit sie im Rahmen seiner Befugnisse liegen, zu befolgen.“

Der zweite Erlaß verlangt, „daß die Leitung der Schulen Persönlichkeiten übergeben wird, die ... Gewähr für die Erfüllung der ihnen anvertrauten Aufgaben bieten“. Besonderer Wert wird auf den nachweisbaren Erfolg der Weiterbildung solcher Rektorkandidaten gelegt. Soll damit wieder „gesinnungstüchtigen“ Strebern der Weg zum Rektor freigegeben werden?

Der dritte Erlaß fordert die Einführung von „Zucht und Gehorsam ... unter besonderer Berücksichtigung der Lehrer, die die Wirksamkeit ihrer „Erziehungsarbeit“ durch Anwendung der körperlichen Züchtigung unterstützen.“

Die „Preußische Lehrerschaft“ schreibt zu diesen Erlässen: „Wir werden sie ... als eine Kampfansage gegen unserem schulpolitischem Programm, die deutlicher und eindeutiger nicht sein kann. Wohlja, wir sind bereit, diesen Kampf zu wagen.“

Nach der kampflösen Unterwerfung des Preußischen Lehrervereins unter die Forderung der Kirche, für die Aufsicht über den Religionsunterricht in den Volksschulen zu übernehmen, werden wir dieser Kampfansage erst Glauben schenken, wenn der Lehrerverein wirklich zum Kampf ausholt.

Achtung des Krieges.

Morgenveranstaltung des „Funken“ in der Kamera.

Ir. Das Staatsbegräbnis des Mörders Mäikoweki und der Aufmarsch der SA Unter den Linden und im Lustgarten, überall groß angekündigt, sollte am Sonntag fast gleichzeitig mit der Morgenveranstaltung des „Funken“ stattfinden. Die Demonstration der SP hatte dem Nazi-Aufmarsch weichen müssen. Und inmitten dieses nationalsozialistischen Trümeles, in dieser Zeit der Verbote und des Terrors veranstaltete der „Funke“ in der „Kamera“, Unter den Linden, eine Morgenveranstaltung mit dem Thema: „Achtung des Krieges!“ Viele fragten noch bis kurz vor Beginn der Veranstaltung: „Findet die Feier auch wirklich statt? Ist sie nicht verboten?“ — Die Feier fand tatsächlich statt und die „Kamera“ war besetzt, obwohl viele Besucher Mühe hatten, durch die vielen Absperungen der Polizei hindurch die „Kamera“ zu erreichen.

Die Feier begann mit einem Orgelspiel von Gerd Thomas.

Danach las Theodor Pflüger aus seinem Buch „Des Kaisers Kulle“. Die Skagerrak-Schlacht mit all ihrem Grauen und Entsetzen, die sie für die Matrosen darstellte, die eingeschlossen in eisernen Särgen verzweifelt für ihr Leben kämpften, zog an uns vorüber. Eine Schilderung des grausamen Mörders wurde uns vor Augen geführt, wie wir sie in kaum einem der heute so hoch im Kurs stehenden Kriegsbücher finden.

Erich Mühsam las dann zwei Kriegsgedichte und Ernst Gläser führte uns in die Zeit des Kriegsbegins 1914 zurück. „Schützenfest“ hieß das Kapitel, das er aus seinem Buch „Jahrgang 1904“ vorlas, und das einen Einblick in die Stimmung vom 1. und 2. August 1914 gab, wo alles sich verbrüderte — zum Kampf gegen Frankreich, wo

organisierte Arbeiter und Unternehmer, Studenten und Professoren, in der alles überbrückenden Volksgemeinschaft des Krieges schwebten. — Unwillkürlich drängte sich dabei der Gedanke an die draußen im Siegestraße dahermarschierenden Nazis und Stahlhelmer“ auf, die die „große Zeit“ ebenso herbeischnitten, wie jene Schützenfesthelden vom 2. August 1914 sie damals begrüßten.

Mit seinem unsterblichen Gedicht „Das Volk der Denker“ schaffte dann Erich Mühsam den Übergang zu einem Vortrag von Alexander Granach, der in das 18. Jahrhundert zurückführte. Wir hörten die Rede Victor Hügos über „Voltaire“. Wogegen kämpfte Voltaire? Gegen den Krieg, gegen die Kirche, gegen das Unrecht, gegen die Willkür.

„Die Völker lernen begreifen, daß die Vergrößerung einer Missetat sie nicht vermindern kann und daß darum, weil Töten ein Verbrechen ist, der Massenmord kein milderer Umstand sein kann.“

Hier setzte ein spontaner Beifall ein, der zeigte, wieviel Grund wir haben, gerade heute diese Worte zu beherzigen und wie wichtig es ist auch heute, den Ruf zu erheben:

„Ja, rufen wir die absoluten Wahrheiten aus! Entehren wir den Krieg! Nein, den blutigen Ruhm gibt es nicht. Nein, es ist nicht gut und ist nicht nützlich, Leichen zu machen. Nein, es ist nicht möglich, daß das Leben für den Tod arbeitet!“

Mit einem Orgelspiel wurde die eindringliche Morgenveranstaltung geschlossen. Der Beifall, der jedem Künstler zuteil wurde, sprach von der engen Verbundenheit der Zuhörer mit den Künstlern, die auch heute noch den Kampf gegen den drohenden Krieg aufnehmen.

Deutsch-Oesterreichs Wirtschaft 1932.

Die Krise, von der alle kapitalistischen Länder mehr oder weniger stark betroffen sind, wirkt sich in Oesterreich besonders heftig und unheilvoll aus. Die Gründe dafür liegen vor allem darin, daß Oesterreich als Wirtschaftsgebiet äußerst ungünstige Bedingungen besitzt. So hat der österreichischen Wirtschaft die Lösung Oesterreichs aus dem geschlossenen Wirtschaftskörper, in dem es sich vor dem Weltkrieg als Kernland der österreich-ungarischen Monarchie befand, schwer geschadet. Eine Folge dieser Zerstückelung ist auch das Mißverhältnis, das zwischen der Hauptstadt Wien und dem übrigen Lande besteht. Mit Recht spricht man von dem

„Wasserkopf“ Wien; denn von den 6,5 Millionen Einwohnern Oesterreichs fallen auf Wien allein fast zwei Millionen!

Die politische Kleinstaaterei würde wirtschaftlich keine üblen Folgen haben, wenn in Mitteleuropa Freihandel herrschte. Bei dem heutigen Zustand der Zollpolitik bedeutet aber politische Kleinstaaterei auch wirtschaftliche Kleinstaaterei. An diesem Uebel leidet Deutsch-Oesterreich aus den genannten Gründen mehr als viele anderen Kleinstaaten.

Der Weg der Verelendung.

Einige Angaben mögen zunächst beleuchten, welchem Schrumpfungszustand die österreichische Wirtschaft unterliegt: Der Brennstoffbedarf der österreichischen Industrie betrug 1932 nur zwei Drittel des Bedarfs von 1927. Die Roh-eisengewinnung lag 1932 in keinem Monat über etwa einem Viertel der Normalbeschäftigung; im Mai betrug sie 9 Prozent der Normalbeschäftigung, im Juni und Juli sogar 0 Prozent, da damals alle Hochöfen ausgedient waren. Insgesamt weist die Schwerindustrie gegenüber dem Vorjahr einen Produktionsrückgang um 40 Prozent auf.

Mitte Januar wurden in Oesterreich 385 000 unterstützte Arbeitslose gezählt, davon 169 000 in Wien (Stadt und Land). Diese Statistik gibt aber wie in Deutschland kein genaues Bild vom Stand der Arbeitslosigkeit. Wenn man die Ausgesteuerten, die auch den Gang zur Vermittlung müßig finden, die Altersrentner und die aus der Schule Entlassenen hinzu-rechnet, so kann man annehmen, daß es in Oesterreich

500 000 Arbeitslose

gibt. Eine beträchtliche Zahl, wenn man bedenkt, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung, die vor der Arbeitslosigkeit teilweise geschützt ist, in Deutsch-Oesterreich 40 Prozent ausmacht!

Bemerkenswerter Weise hat die Arbeitslosigkeit seit dem Beginn der Krise zunächst in Wien verhältnismäßig weniger zugenommen als außerhalb Wiens. Seit 1931 ist auch in Wien die Arbeitslosigkeit stark gewachsen. Das in diesem Jahr zum ersten Mal auftretende Defizit des Gemeindehaushaltes hat die bis dahin rege Bautätigkeit und die zahlreichen Investitionen der Gemeinde Wien, in der die Sozialdemokraten die Mehrheit besitzen, stark eingeschränkt.

An der Arbeitslosigkeit außerhalb Wiens sind einerseits die wenigen Industriezentren, die Oesterreich außerhalb Wiens besitzt, beteiligt, andererseits die landwirtschaftlichen Arbeiter. Ein ganz besonders trauriges Kapitel bilden die Industriestädte Oesterreichs, deren Einwohner teilweise, wie zum Beispiel in Steyr und Donawitz vollständig am Verelenden sind, da dort fast alle Betriebe stillgelegt sind. Die Bundesregierung lehnt es jedoch ab, diese Gemeinden wirksam zu unterstützen und beruft sich dabei auf die Autonomie der Gemeinden!

Kaufkraftschwund bei hochgehaltenen Preisen.

Auch die Wiener haben sich daran gewöhnt, ihren Leibern enger zu schnallen. Während sie im Januar 1931 täglich 416 000 Kilogramm Brot und Weißbrot verzehrten, waren es Ende des Jahres nur noch 395 000 bis 400 000 Kilogramm. 1932 betrug der Wiener Bedarf an Schweinen 708 000, um 141 000 Stück weniger als im Vorjahr. Auf den Wiener Markt kamen 12 Prozent weniger Obst als im Vorjahr, allerdings etwas mehr Gemüse (9000 Doppelzentner mehr), dafür aber 25 000 Doppelzentner Kartoffeln weniger und 12 Prozent Eier weniger als im Vorjahr. Auch der Bierbedarf ist um ein Drittel zurückgegangen. Alles Zeichen für den Kaufkraftschwund. Er ist verursacht nicht nur durch das Wachsen der Arbeitslosigkeit, sondern auch durch das Hochhalten der Preise.

Wie stark dieses eine Wirkung der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik ist, zeigt eine Vergleichung zwischen den freien und gebundenen Preisen in Oesterreich. Der Index der gebundenen Preise war im Vorjahr 89,1 und der der freien Preise 69,3. 1932 war der Index der gebundenen Preise 93,9 und der der freien Preise 63,5.

Die gebundenen Preise sind also in der Krise gestiegen!

Ein weiterer Beweis für die Künstlichkeit der Hochhaltung der Preise in Oesterreich ist die Ueberhöhung der österreichischen Preise gegenüber dem Ausland.

Es leben zum Beispiel jenseits der österreichisch-ungarischen Grenze, 2 Bahnstunden von der 2-Millionenstadt Wien entfernt, die Menschen um die Hälfte billiger als in der österreichischen Hauptstadt.

Budgetschwierigkeiten.

Das Jammerbild der österreichischen Wirtschaft, das wir durch das bis jetzt schon Gesagte erhalten, sei noch ergänzt durch Angaben über das Staatsbudget. Die Staatsschuld hat sich 1932 um 400 Millionen Schilling auf rund 3 Milliarden Schilling erhöht; davon sind rund 2 Milliarden Schilling Auslandsschulden. Seit dem Vorjahr hat sich das Budgetdefizit, das schon damals mehr als 250 Millionen Schilling betrug, um weitere 100 Millionen Schilling erhöht (1 Schilling = 60 Pfennig).

Besonders im Argen liegen die Finanzen der Bundesbahnen. Man rechnet mit einem Defizit von ungefähr 100 Millionen Schilling im Jahre 1932. Auch bei den Bundesbahnen steht Personalabbau und Drosselung der Erhaltungs- und Erneuerungskosten bevor. Der Lausanner Vertrag enthält die Bestimmung, daß Investitionen bei den Bundesbahnen nur bei äußerster Dringlichkeit und mit besonderer Bewilligung des vom Völkerbund gestellten Beraters erfolgen dürfen.

Lohnkämpfe im Jahre 1932.

Die allgemeine Tendenz der Unternehmer in Oesterreich geht auf Entlassung der Arbeiter und Lohnabbau. Die Arbeiterschaft reagiert darauf teilweise mit Streik, teilweise mit Passivität. Es läßt sich in Oesterreich sehr schwer feststellen, wie weit es sich dabei um einen Mangel an Streikbereitschaft bei der Arbeiterschaft oder um Bremsen von Seiten der Führer handelt.

Schon im Vorjahre ließen sich die Arbeiter in der Gummiindustrie zu einer 10prozentigen Lohnkürzung herbei, um durch dieses „Notopfer“ die österreichischen Gummierzeugnisse gegenüber den ausländischen konkurrenzfähiger zu machen. Diese Bereitwilligkeit, die Interessen der Unternehmer zu schützen, steht nicht vereinzelt da, und so ist es auch zu erklären, daß im Jahre 1932 verhältnismäßig wenig Streiks stattgefunden haben. Nennenswert ist der Bühnenarbeiterstreik zu Anfang des Jahres, der einen Erfolg der Streikenden darstellte, der Streik der Strumpfwirker und Zimmerer, der Färbereiarbeiter und der Bergarbeiter. Im allgemeinen kann man sagen: Diese

Lohnkämpfe sind zu Ungunsten der Arbeiterschaft ausgegangen.

Eine ganz besonders schwere Schlappe hat die Arbeiterschaft im Färbereistreik erhalten. Dieser Streik war der längste und größte des Jahres, die tapferen 781 Arbeiter und Arbeiterinnen, die bis zuletzt ausgeharrt haben, sind heute aufs Pflaster geworfen. In den Färbereien waren vor der Aussperrung 980 Arbeiter beschäftigt. 889 haben sich die Lohnkürzung nicht gefallen lassen und sind daher ausgesperrt worden. Es war ein sehr ungünstiger und für die Streikenden sehr deprimierender Anfang des Streikes, daß etwa 90 Arbeiter in den Betrieben geblieben sind. Im Laufe des Streikes haben sich noch weitere 100 den Streikbrechern angeschlossen und haben die Arbeit zu den von den Unternehmern festgesetzten Löhnen wieder aufgenommen. Die Nazis, Christlichsozialen und Heimwehler haben eifrig Streikbrecher in die Färbereien vermittelt. Diesem Umstand und dem außerordentlich brutalen Vorgehen der Polizei ist es zuzuschreiben, daß dieser Lohnkampf schließlich mit einer Schlappe der Arbeiterschaft endete.

Was sie mit dem Sorgenkind Oesterreich machen wollen.

Auch die europäischen Großmächte konnten sich der Tatsache gegenüber nicht verschließen, daß Oesterreich, ein Land, dem als Brücke zwischen Ost und West vor allem eine kulturelle (oder was in der heutigen Zeit so bezeichnet wird), dann aber auch eine wirtschaftliche und politische Bedeutung zukommt, ein Land ist, das nicht leben und nicht sterben kann. Aus dieser Erkenntnis erwuchs auch der Plan Frankreichs, der als Sanierungsmaßnahme für Oesterreich aufgezogen wurde:

Die Donauföderation.

Wirtschaftlich war bei diesem Donauplan der leitende Gedanke wohl der: Das Donaubecken, in dem sich jetzt Oesterreich, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien befinden — Bulgarien ist von Herrn Tardieu vergessen worden, die Ursache dieser Vergessenheit dürfte politischer Art sein — sind dazu bestimmt, eine wirtschaftliche Einheit zu bilden. Da unter diesen Staaten sowohl Produzenten von agrarischen als auch von industriellen Erzeugnissen sind, könnte ein reger Warenaustausch dieser Staaten untereinander erfolgen, und auch Oesterreichs Wirtschaft würde so saniert werden. Frankreich stellt die Bedingungen, unter denen diese Föderation zustande kommen soll, und will sie auch finanzieren.

Hier liegt aber gerade die Schwierigkeit, an der der ganze Plan scheiterte. Die Großmächte erkannten nämlich, daß Frankreichs politische Absicht die Sicherung einer Oberherr-

schaft im Südosten ist, und deswegen verhinderten sie das Zustandekommen der Donauföderation.

Der Donauplan hat auch in Oesterreichs Öffentlichkeit eine rege Diskussion hervorgerufen. Im sozialdemokratischen Lager gab es keine einheitliche Auffassung ihm gegenüber. Der schwerwiegendste Einwand gegen eine Donauföderation ist wohl der, daß sie nichts weiter als

eine Autarkie auf erweitertem Raume

darstellen würde; außerdem ist es auch eine Frage, ob Oesterreichs Wirtschaft durch einen Zusammenschluß mit den Staaten der ehemaligen österreich-ungarischen Monarchie tatsächlich gewinnen würde, da ja diese Staaten nach dem Weltkrieg in stärkster Maße bestrebt waren, ihre eigene Industrie auf beziehungsweise auszubauen.

Die Konferenz von Stresa bedeutete für die österreichische Wirtschaft ebenfalls keine konkrete Hilfe. Die Anregungen und Vorschläge, die an Oesterreich dort ergangen sind, sind bis jetzt mit wenigen Ausnahmen nicht in die Praxis umgesetzt worden.

Daß ein Land, dessen Staatsbudget und Wirtschaft in solch einem Zustand sind, wie das in Oesterreich der Fall ist, seine Auslandsschulden nur mit großer Mühe bezahlen kann und vom Ausland immer wieder neue Anleihen verlangen muß, ist klar. Die große Auslandsanleihe von 300 Millionen Schilling, die Oesterreich in diesem Jahr aufgenommen hat, wurde durch schwere politische Bedingungen erkauft, die im Lausanner Protokoll festgelegt sind.

Oesterreich macht sich selbständig — und was dabei herauskommt.

Was tut nun die Regierung des europäischen Sorgenkindes, um aus der Krise herauszukommen?

Die christlich-sozialen Politiker, die jetzt Oesterreichs Geschicke lenken, erblicken das Heil für das Land in der Verfolgung des Grundsatzes: die heimische Produktion zu heben. Sie sehen das beste Mittel zur Bekämpfung der Krise in weitgehenden Absperrungsmaßnahmen gegenüber dem Ausland. Oesterreich war auch das erste Land, das eine strenge Devisenbewirtschaftung eingeführt hat. Folgende Zahlen über die Ein- und Ausfuhr zeigen, daß der erhoffte Zweck, die aktive Handelsbilanz, nicht erreicht wurde.

	1929	1931	1932
	Monatsdurchschnitte in Millionen Schilling		
Einfuhr	276,5	184,2	115,7
Ausfuhr	185	110,6	63,2
Einfuhr-Ueberschuß	91,5	73,6	52,5

Von besonderer Bedeutung sind die enorm hohen Schutz-zölle auf landwirtschaftliche Produkte. Der Roggenzoll, der Anfang des Jahres von 10 auf 8 Goldkronen (Vorkriegskronen) pro Doppelzentner gesenkt wurde, ist im August wieder auf 10 Goldkronen gehoben worden. Aber nicht nur die Getreidepreise werden zu hoch gehalten, auch die Preise für andere landwirtschaftliche Erzeugnisse sind überhöht.

So kosten im Kleinhandel:

- 1 Pfund Butter 4,50—5,50 Schilling (2,70—3,30 Mark).
- 1 l Milch 42, 40, 38 Groschen (28—22 Pfennig).
- 1 Pfund Zucker 1,26 Schilling (76-Pfennig).
- 1 Ei 20, 18, 16 Groschen (16—10 Pfennig).

Wien hat auch

die höchsten Fleischpreise Europas.

Während in Budapest Ochsen je Doppelzentner 32 bis 69 Schilling, in Prag 63 bis 118 Schilling kosten, kostet sie in Wien 80 bis 187 Schilling. Wien ist sogar teurer als Deutschland. Denn während Rindfleisch auf Schilling umgerechnet in Hamburg 97 bis 102, in Berlin 120 bis 124, in München 92 bis 117 kostet, kostet es in Wien 145 bis 210 Schilling.

Mit dem agrarischen Nachbarland Ungarn waren Oesterreichs Handelsbeziehungen denkbar schlecht. Ueber die Folgen dieses schlechten Verhältnisses — des Unterschiedes in den

Lebenshaltungskosten diesselts und jenseits der österreich-ungarischen Grenze — haben wir bereits gesprochen. Zwischen den beiden Ländern war es schon einmal zu einem förmlichen Wirtschaftskrieg gekommen. Ein kürzlich abgeschlossener Handelsvertrag mit Ungarn, der den ersten Erfolg der Konferenz von Stresa darstellt und dem weitere Handelsverträge, zum Beispiel mit Polen folgen sollen, hat den Zweck, die Wirtschaftsbeziehungen dieser beiden Länder günstiger zu gestalten.

Der heimische Bergbau soll durch das im August erlassene Einfuhrverbot für Steinkohle, Steinkohlenbriketts und Koks gehoben werden. Dieses Einfuhrverbot bedeutet auch die Vorbereitung eines Kohleneinfuhrmonopols, von dem aber noch nicht feststeht, ob es die Bundesbahn oder ein Syndikat der Händler bekommen soll. Ein schon seit Anfang des Jahres bestehendes Brennstoffgesetz, das für Wien den

Beimischungszwang von inländischer Braunkohle

anordnet, ist auf alle Bundesländer mit Ausnahme Tirols ausgedehnt worden. Das Ziel dieses Brennstoffgesetzes ist, den Hausbrennbedarf zu 60 Prozent mit inländischer Braunkohle zu decken. Das geschah bis jetzt nur zu 25 Prozent.

Zusammenfassend erkennen wir: die österreichische Regierung will die Krise bekämpfen, indem sie die heimische Produktion, besonders die landwirtschaftliche Produktion, durch Einfuhrverbote und Zollmauern zu heben versucht, und zwar um jeden Preis. Manche Regierungsmaßnahmen zeigen dabei eine Tendenz zur einseitigen Bevorzugung der Landwirtschaft gegenüber der Industrie, so zum Beispiel die offen zu Gunsten der Landwirtschaft gehandhabte Steuerpauschallierung. Von der durch die Krisenabgabe bedingten Verdoppelung der Warenumsatzsteuern, die zur Bestreitung der stark bedrohten Arbeitslosenunterstützung beitragen soll, ist die Landwirtschaft durch die gleichzeitige

Herabsetzung der Grundsteuer

zum großen Teil befreit.

Diese agrarpolitische Einstellung der Christlichsozialen läßt sich politisch leicht erklären. Steht ja fast die gesamte Bauernschaft geschlossen hinter der Christlichsozialen Partei, die ihrerseits wieder diese begünstigen muß, oder wenigstens den Anschein erwecken muß, es zu tun.

Feindseligkeit der Regierung gegenüber der Arbeiterschaft.

Wir haben bereits, welcher Ausbeutung die Arbeiterschaft durch die hohen Lebensmittelpreise ausgeliefert ist. Wir sahen, wie feindselig ablehnend die Regierung der verelendeten Arbeiterschaft von Steyr und Donawitz gegenübersteht. Und nun hat sie in letzter Zeit noch versucht, einen Teil der Arbeitslosen um ihre Notstandshilfe zu bringen. Im Frühsommer sind Richtlinien für die Notstandshilfe erlassen worden, die zu unerhörten Härten gegenüber den Arbeitslosen führten. Dem Protest der Sozialdemokraten ist es gelungen, diese harten Bestimmungen einigermaßen zu mildern.

Auch in Oesterreich ist man daran gegangen, den Freiwilligen Arbeitsdienst einzuführen. Wie wenig der FAD von den Regierungskreisen als eine arbeiterfreundliche Einrichtung gedacht war, beweist, daß ursprünglich nur unterstützungsberechtigte Arbeitslose zu ihm herangezogen werden sollten. Später ist dieser Plan geändert worden, so daß auch Ausgesteuerte dem FAD beitreten können. Es würde zu weit führen, die Bestimmung über den FAD im einzelnen aufzuführen. Wichtig, aber auch gefährlich ist, daß die Freien Gewerkschaften Einfluß auf den FAD haben wer-

den, da der Ausschuß, der über die Vergebung einer Arbeit an den FAD zu entscheiden hat, paritätisch von den Arbeitnehmern und den Arbeitgeberern besetzt werden soll. Das Gesetz gelangte aber noch nicht zur Durchführung, da im Bundesrat die Sozialdemokraten und Nationalsozialisten Einspruch erhoben haben. So wird erst das kommende Frühjahr uns praktisch den FAD bescheren.

Es ist nicht zu erwarten, daß die Regierung ihren arbeiterfeindlichen Kurs ändern wird. Im Gegenteil, die Reaktion schreitet mächtig vorwärts.

Die Zukunft der Arbeiterschaft hängt in Oesterreich zur Zeit von der Tatkraft der Sozialdemokratischen Partei ab, die hier 90 Prozent der Arbeiterschaft hinter sich hat. Von energischen Aktionen der SP ist aber nichts zu spüren. So ist die Arbeiterschaft, trotz der in Oesterreich fast nicht vorhandenen politischen Spaltung, ein Spielball der österreichischen Reaktion, die ihrerseits, von ausländischen Reaktionen abhängig, der Krise mit gebundenen Händen und hilflos gegenüber steht.

W. Kühn und S. Strasser (Wien).